

Schweizerische Vereinigung  
für Freiheit, Demokratie  
und Menschenwürde  
3000 Bern 11

MARCEL BIERI  
KASSIER PRO LIBERTATE  
E-Mail: [bieri@prolibertate.ch](mailto:bieri@prolibertate.ch)



## Eine Art Realitäts- verweigerung

«Wo kommen Sie denn her?», werde ich oft im Ausland gefragt. Aus Bern, eine wunderschöne Stadt und so sauber, mit wunderbaren alten Häusern. Etwas gehemmt versuche ich jeweils zu relativieren. Vor meinem geistigen Auge sehe ich dann den Schmutz, der überall herumliegt. Sandstein- und auch andere Fassaden sind nicht mehr grau oder weiss, sondern von Chaoten und Randalierern bemalt, bekritzelt und mit dümmsten Sprüchen garniert. Der rot-grünen Stadtregierung traue ich nicht zu, diese Zustände zu ändern. So hat ja auch eine bürgerliche Gemeinderätin nach einer «harmloseren» Schmiererei der halben Stadt noch Dankesworte an die Verursacher gefunden. Bis dato hat ein einziger Vertreter des Gemeinderates – soweit ihm das möglich war – noch Schlimmeres verhindert. Jetzt hat man Herrn Dr. Wasserfallen die Polizeidirektion weggenommen. Wahrlich eine schöne Stadt, unsere schweizerische Hauptstadt.

Marcel Bieri

## Der Skandal kommt in die Schulen!

Die Bergier-Kommission hat im Auftrag des Bundesrates die Situation der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges kommentiert. Der Bericht beschimpft unser Land und die Aktivdienstgeneration. Der 22 Steuermillionen teure Bergier-Kommentar ist einseitig, unwürdig, moralistisch und skandalös. Nun wird alles daran gesetzt, diese staatliche Geschichtsklitterung in die Schulbücher einfließen zu lassen. Der Zürcher Lehrmittelverlag plant ein neues Schulbuch, welches von über 15 Kantonen übernommen werden soll. Die Verantwortlichen meinen, es gebe heute kein Lehrmittel zum Zweiten Weltkrieg. Jetzt könne man auf die Erkenntnisse der Bergier-Kommission aufbauen.

### PRO LIBERTATE bleibt dabei:

Die Bergier-Historiker haben keine neuen Fakten über das Handeln der Schweiz aufgedeckt. Wer den Willen hat, die existenzielle, ökonomische und militärische Bedrohungslage der Schweiz während der Nazi-Herrschaft zu berücksichtigen, kommt zum Schluss, dass die Behörden und das Volk der bedrohten Schweiz ihren Handlungsspielraum verantwortungsbewusst wahrgenommen haben. Fehler und das Ausbleiben möglicher zusätzlicher Anstrengungen zu Gunsten der Verfolgten können aus heutiger Sicht durchaus gesehen werden. Sie sind aber kein Anlass, die Geschichte umzuschreiben, Mythen und Traditionen zu zerstören und die Schweiz zu nötigen, ihre grosse Leistung für Frei-

heit, Demokratie und Menschenwürde zu relativieren. Aber genau das wollte man mit den Bergier-Berichten. Und jetzt reibt sich der Anti-Schweiz-Filz die Hände, weil er die Chance sieht, unsere Jugend umzuformen.

**Was können wir tun? In erster Linie müssen wir die Fakten unter die Leute bringen. Wir müssen diskutieren, und zwar zwischen Jung und Alt, Leserbriefe schreiben. Wehren wir uns gegen den Anti-Schweiz-Filz.**

**PRO LIBERTATE wird weitere Aktionen realisieren. Wir sind froh, wenn Sie uns «möglichst viele Widerstandsbatzen» einzahlen und mithelfen, unsere aussagekräftigen Broschüren zu verteilen.**

Besten Dank!  
Werner Gartenmann

### In dieser Ausgabe

- 2 Das Volk am Gängelband
- 3 Eidg. Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung»
- 4 Fortbestehende Gefahren, Unterfinanzierung der Armee, Armee XXI – Ernsthaftigkeit gefordert!
- 5 ... Spinner – Null Bock – Blabla...
- 6 Brennpunkt Korea
- 7 Die Spalte des Präsidenten: PRO LIBERTATE
- 8 Zusammenfassung



# Das Volk am Gängelband

2  
3

AMI BOSSARD

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

«Wie der Teufel das Weihwasser...», so scheut der Bundesrat das Thema EU vor den Wahlen. Dabei gibts für ihn nur eines, den möglichst baldigen Beitritt zu dieser Union. Im aussenpolitischen Bericht 2000 des Bundesrates steht: **«Der EU-Beitritt ist das Ziel des Bundesrates. Er wird deshalb den EU-Beitritt so weit vorbereiten, dass er spätestens in der nächsten Legislaturperiode über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden kann.»** Dies kann für uns bedeuten, dass es zwischen 2003 und 2007 zu einer EU-Abstimmung kommt. Damit wir für diesen Schritt weichgeklopft sind, gibts bestimmte Strategien. Einerseits versucht man uns über die Bilateralen Verhandlungen einzubinden, andererseits versucht man uns wirtschaftlich EU-konform zu machen, indem die Löcher der Staatskasse mit Mehrwertsteuerprozenten gestopft werden. Kurz – unsere Schweizer Vorteile sollen eliminiert werden, damit wir EU-fähig werden. Auch sicherheitspolitisch setzt man nun alles daran, um aufzuzeigen, dass wir alleine nicht mehr fähig sind, die Probleme zu lösen. (Vgl. G8-Treffen in Evian 2003; Import deutscher Polizisten!)

## Weitere konkrete Beispiele des bundesrätlichen Strategie- spieles:

1. Vor der Abstimmung über die Bilateralen I im Jahre 2000 wurde uns zugesichert, dass wir mit einem Referendum im Jahre 2009 über das Dossier Personenfreizügigkeit erneut abstimmen können. (Diese Abstimmung wird zwar eine zweite Entscheidung über die Bilateralen I, denn wenn wir das Dossier Personenfreizügigkeit ablehnen, droht die EU die Bilateralen I

ausser Kraft zu setzen, dies die so genannte Guillotine-Klausel.) Auch versprach der Bundesrat damals, dass bei einer EU-Erweiterung mit jedem neuen Mitglied separate Verträge ausgehandelt werden können.

Nun sieht die Sachlage anders aus. Brüssel fordert sofortige Verhandlungen mit den neuen osteuropäischen Mitgliedern und diktiert auch den Inhalt, denn sie dürfen gegenüber den andern EU-Ländern nicht benachteiligt sein. Der Bundesrat akzeptiert diese Forderung und setzt sich, einmal mehr, nicht für die Interessen seiner Bürger ein. Warum wohl? Ist es Angst und Dummheit oder ist es ein abgekartetes Spiel, mit dem er seine Bürger an die EU verschachern will? Es scheint eher das Letztere zu sein, wobei auch dies auf weite Sicht gesehen eine Dummheit ist.

Unser Zukunftsszenario 1 sieht so aus, dass der Bundesrat mit den neuen Ostländern sofortige Verhandlungen aufnimmt und wir mit einem Referendum über diese Erweiterung und die Bilateralen I im Jahre 2004 erneut abstimmen. Dies ist höchst ungünstig, denn über die Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit können wir noch nichts sagen, da im Moment noch bis 2004 in diesem Dossier eine Übergangsregelung herrscht. Doch der Bundesrat interessiert sich weder für Versprechen noch für Erfahrungen. Erfahrungen lassen sich beliebig zurechtbiegen, wie wir in der Vergangenheit schon genügend erleben mussten.

**Unser Ziel sollte es sein, erst nachdem wir im Jahre 2009 über die Personenfreizügigkeit abschliessend entschieden haben, mit den neuen EU-Mitgliedsländern Verhandlungen aufzunehmen. Die EU-Geldforderung für die Osterweiterung würde somit auch wegfallen.**

2. Ende 2000, noch vor In-Kraft-Treten der Bilateralen I, kamen die EU und der Bundesrat überein, neue Verhandlungen aufzunehmen, die so genannten Bilateralen II. Wie Bundesrätin Calmy-Rey in ihrer transparenten Phase im April 2003 bestätigte: So müssten die Bilateralen II «den Boden bereiten» für den raschen EU-Beitritt. Die heissen Dossiers sind die Betrugsbekämpfung und Schengen/Dublin. Beide tangieren unser Bankkundengeheimnis. Auch wenn beim Dossier Betrugsbekämpfung das Bankkundengeheimnis gewahrt werden kann, so ist dies beim Dossier Schengen/Dublin nicht garantiert. Zudem unterziehen wir uns bei einer Annahme fremden Richtern und fremdem Recht. Gemäss Bundesrat Villiger (Juni 2003) sollen diese Bilateralen II im Jahre 2005 wirksam werden. **Die Bilateralen II tangieren unsere Unabhängigkeit und dürfen keinesfalls wirksam werden. Wir müssen diese im Interesse unseres Landes ablehnen.**

- Fazit:**
- Der EU-Beitritt muss mit allen Mitteln bekämpft werden, denn er verletzt unsere Freiheit, schränkt die Volksrechte und die Unabhängigkeit ein. Die Neutralität wird preisgegeben sowie unser Schweizerfranken mit der eigenständigen Notenbank. Eine mindestens 15-prozentige Mehrwertsteuer, höhere Schuld- und Hypothekarzinsen, höhere Wohnungsmieten und Tributabgabe in Milliardenhöhe an Brüssel erwarten uns bei einem Beitritt.
  - Verhandlungen mit den Oststaaten sind erst nach 2009 möglich.
  - Ablehnung der Bilateralen II (Schengen).
  - Wir müssen auch jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer bekämpfen. Erstens ist sie unsozial und schädlich für unseren Wirtschaftsstandort und zweitens bringt sie uns näher an die EU.
  - Die innere Sicherheit muss ohne fremde Hilfe gewährleistet werden!

## Die europapolitische Flut soll das Volk weich klopfen:

Jahr	Was bestimmt das CH-Volk?	Ziele des Bundesrates...	Was will die EU...
1992		<b>EU-Beitritt</b> EU-Beitrittsgesuch EU-Trainingslager EWR	
	6. Dezember: Nein zum EWR	<b>Bilaterale I (7 Verträge)</b> Versprechen: • Dossier Personenverkehr kündbar nach 7 Jahren • Freizügigkeitsvertrag kann mit neuen EU-Ländern einzeln ausgehandelt werden	Falls ein Dossier gekündigt wird, werden alle 7 Verträge ausser Kraft gesetzt (Guillotine-Klausel)
2000	21. Mai: Ja zu den Bilateralen I	<b>Aussenpolitischer Bericht:</b> Ziel, zwischen 2003 und 2007 über EU-Beitrittsverhandlungen zu entscheiden	
2001	Nein zur Anschluss-Initiative «Ja zu Europa»	<b>Bilaterale II:</b> • Schengen/Dublin • Betrugsbekämpfung	• Aufhebung des Bankkundengeheimnisses • Zinsbesteuerung
2002	In-Kraft-Treten der Bilateralen I	• Kompromiss beim Bankkundengeheimnis (ja zur Zinsbesteuerung zu Gunsten der EU-Staaten) • Schengen/Dublin	
2003		Bundesrat kuscht	<b>EU-Osterweiterung</b> • Befehl an die CH: Übernahme der Personenfreizügigkeit à la Bilaterale I für die EU-Osterweiterungs-Staaten • Neue Forderung: Bezahlung für Ost-Erweiterung
2004	<b>Mögliches Referendum: Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Staaten?</b>		
	<b>Nein:</b> Bilaterale I ausser Kraft	<b>Ja:</b> Personenfreizügigkeit erweitert und Zahlungen für Ost-Erweiterung	
	<b>Eventuell Referendum: Bilaterale II?</b>		
	<b>Nein:</b> • Kein Schengen, • Bankkundengeheimnis und Unabhängigkeit bewahrt	<b>Ja:</b> • EU-Beitritt in Raten • Fremdes Recht • Fremde Richter • Früher oder später Aufhebung Bankkundengeheimnis	<b>Eventuell EU-Beitrittsverhandlungen und EU-Beitrittsdebatte...</b>

### Aufruf! Eidgenössische Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung»

Entgegen vollmundigen Versprechungen hat das Krankenversicherungsgesetz (KVG) keineswegs zu einer Eindämmung der Kostenexplosion geführt, sondern diese im Gegenteil noch angeheizt.

Die Situation ist derart verfahren, dass kleine Korrekturen am System keine spürbare Besserung bringen können. Nötig ist ein grosser Wurf, mit dem das ganze Gesundheitswesen grundlegend reformiert wird.

▶▶▶ Deshalb bitten wir Sie, diese Volksinitiative tatkräftig – mit vielen Unterschriften – zu unterstützen. ▶▶▶ Ein Unterschriftenbogen liegt dieser Ausgabe bei.



Bild: F/A-18, Armeeofodienst

## Fortbestehende Gefahren, altbekannte und neue, Unterfinanzierung der Armee, Armee XXI – Ernsthaftigkeit gefordert!

DOMINIQUE BRUNNER

Man könnte meinen, es sei doch wahr, dass Völker bzw. deren Regierungen bzw. deren «Eliten» ein kurzes Gedächtnis haben. Kaum ist eine lang anhaltende Bedrohung einer neuen – beruhigenden oder als solche empfundenen – Lage gewichen, werden die Lehren einer nicht einmal fernen Vergangenheit verdrängt oder sind bereits vergessen. Die Rede ist vom leichtfertigen Umgang der schweizerischen politischen Klasse mit der militärischen Verteidigung des Landes bzw. dessen essentiellen Interessen nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Obwohl triftige Gründe vorlagen, das Ende dieser unheilswangeren Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem – freien – Westen mit Erleichterung aufzunehmen und die Bereitschaft in Teilen abzubauen, rechtfertigte nichts die brutale Talfahrt der Militärkredite, wie sie die Schweiz ab 1990 verzeichnete. Erstens stand im Zeitpunkt des Umbruchs im Osten nirgends geschrieben, dass der Vorgang vergleichsweise kontrolliert über die Bühne gehen würde,

es zwar auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen würde, aber lang anhaltende grössere Wirren ausbleiben würden, wie sie häufig die Begleiterscheinung des Zerfalls grosser Reiche sind (im Sinn des alten Marx, wonach die Gewalt die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft sei, die mit einer neuen schwanger gehe). Russland hatte noch über Jahre eindrucksvolle militärische Mittel zur Verfügung und besitzt nach wie vor ein furchterregendes Atomwaffenarsenal. Und kaum war der Prozess der Auflösung der Sowjetunion durch den Putsch von 19. August 1991 beschleunigt worden, setzte der Zerfall des jugoslawischen Bundesstaates ein, d.h. ein Bürgerkrieg, der mit grösster Erbitterung und Grausamkeit geführt wurde. Das geschah nicht «fern in der Türkei», um mit Goethe zu reden, sondern in Westeuropa, quasi vor der Haustür. Die Kämpfe konnten nur beendet werden, weil die NATO unter Führung der USA 1995 – Bosnien – und 1999 – Kosovo – mit geballter Luftmacht eingriff. Trotz der grösseren Ungewissheit hinsichtlich der sicherheitspolitischen Zukunft, bedingt durch die Auflösung des sowjetischen Im-

periums, und in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre wieder verstärkter Rüstungsanstrengungen, hat die Schweiz Schritt für Schritt ihre Verteidigungsfähigkeit eingeschränkt bzw. geschwächt. Der Ausbildungsstand ist als Folge der missglückten Armeereform 95 gravierend gesunken, die Investitionen in die Rüstung sind alarmierend zurückgegangen – zum Beispiel die Höhe der Rüstungsprogramme von 3,4 Milliarden 1992 (F/A-18-Beschaffung) auf durchschnittlich etwa eine Milliarde jährlich in den letzten 8 Jahren gefallen, zuletzt ganze 407 Millionen betragend... Zwischen 1990 und heute hat das Militär mehr als zwei Jahresbudgets nicht ausgegeben, d.h. gespart, im Unterschied zu allen relevanten Bundesaufgaben! Die Landesverteidigung ist der Aufgabenbereich, welcher in den vergangenen Jahren am meisten schrumpfte, von 19,1 Prozent im Jahre 1990 auf 9,4 Prozent letztes Jahr – sagt das EFD. Real haben die Verteidigungsausgaben um fast 40 Prozent, die Rüstungsausgaben um mehr als 50 Prozent abgenommen. Dabei hat es an Unterstützung durch das Volk nie gefehlt; ein



■ «Wird die Armeeabschaffung in Raten, die die Linke seit langem betreibt, Wirklichkeit werden?» ■

Dutzend positiver Volksverdikte allein seit 1993 legt davon Zeugnis ab (Ablehnung der Anti-F/A-18-Initiative, Nein zu «Vierzig Waffenplätze sind genug», Kanterniederlage der SP-Initiative gegen die Waffenausfuhr, Schiffbruch der Initiative aus der gleichen Ecke gegen angemessene Militärausgaben, Untergang der zweiten Armeeabschaffungs-Initiative, klare Annahme der Armee XXI). Wenn angesichts der Ungewissheit über die Zukunft – wer bei Verstand ist, wird im Lichte der Erfahrungen

der Neunziger- und der letzten drei Jahre die Zustimmung nicht verweigern –, des ersten Nachholbedarfes in Ausbildung und Rüstung und der nun anlaufenden fundamentalen Neuordnung des Verteidigungsinstruments Bundesrat und Parlament sich nicht auf ihre Pflicht besinnen, dann wird die Armeeabschaffung in Raten, die die Linke seit langem betreibt, Wirklichkeit werden. Wir und viele andere werden die sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen wissen!



**Dominique Brunner**  
 Direktor Farner PR und Consulting AG, Zürich  
 Partner, Vizepräsident des Verwaltungsrates Farner PR und Consulting AG

Funktionen  
 Präsident des Verwaltungsrates Farner Teuber Communication SA  
 Militärpublizist  
 Generalstabsoffizier (1986 bis 1988 Kommandant eines Infanterie-Regimentes, 1989 bis 1994 Chef Armeestabsteil «Psychologische Abwehr»)

## ...Spinner – Null Bock – Blabla...

Ende Mai startete PRO LIBERTATE eine Kampagne mit dem Ziel, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und Interessenten für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Folgende Fragen begleiteten die Aktion: Schwatzen nur Spinner über Freiheit? Wer hat Null Bock auf Demokratie? Und wer hält die Menschenwürde für nutzloses Blabla? Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE gibt Antworten auf diese Fragen. Das letzte eidgenössische Abstimmungswochenende hat eindrucksvoll gezeigt, dass das Schweizer Volk mit hohem Sachverstand und Vernunft sein Land gestalten

will. Die direkte Demokratie ist Garant für gesunde und starke Regionen wie das Berner Oberland.

Gerade eine Region wie das Berner Oberland muss sich auf aktive Bürgerinnen und Bürger stützen können. Denn es geht darum, die regionalen Interessen tatkräftig zu vertreten. Der schweizerische Föderalismus bietet dafür die bewährte Grundlage. PRO LIBERTATE will die Schweizerinnen und Schweizer motivieren, vermehrt am politischen Leben teilzunehmen. Als überparteiliche Vereinigung bietet PRO LIBERTATE dafür eine geeignete Plattform – ausserhalb der politischen Parteien. Politik geht uns alle an und nicht nur Spinner und Schwätzer. Eine «Null-Bock-Haltung» bringt uns ebenfalls nicht weiter.

Eine Plakat- und Inseratenaktion sowie ein Direktmailing im Kandental und im unteren Lütchental sowie im Lauterbrunnental wollen die Ziele der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE an die Öffentlichkeit bringen.

■ «Die PRO-LIBERTATE-Plakate im Einsatz» ■

## Informieren Sie sich!

Bestellen Sie unsere  
 Tatsachen-Berichte:



## BESTELLTALON

- \_\_\_ Ex. «Das Ende der J-Stempel-Saga», Dr. Max Keller, Fr. 10.–
- \_\_\_ Ex. «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg», Treumund E. Itin, Fr. 8.–
- \_\_\_ Ex. «Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945», Dr. Alfred Cattani, Fr. 10.–
- \_\_\_ Ex. «Das Rütli», Fr. 10.–

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an:  
 PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11  
 oder Fax 031 332 57 85



Bild: PL



## Die morgige Welt voller Atomwaffen?

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

6  
7

Registrierten Beobachter bereits Ende letzten Jahres zunehmende Differenzen zwischen den beiden Teilen Koreas, so erklärte der Norden jetzt im Januar «mit sofortiger Wirkung» seinen Ausstieg aus dem Atomsperrvertrag. Ebenfalls kündigte Pjöngjang jegliche Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und verwies deren Inspektoren des Landes; vergebens forderte diese die Rücknahme der Entscheidung, da andernfalls der Konflikt dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt werde. Begleitet wurden die Massnahmen des Nordteils mit Drohungen in bisher unbekannter Schärfe wie etwa, «ganz Korea in einen Haufen Asche zu verwandeln». Ende Mai gab man offen zu, bereits zwei Atombomben zu besitzen – ein direkter Bruch des Atomsperrvertrages. Pjöngjang nahm den Betrieb der Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage in Yongbyon wieder auf, was nach westlichen Schätzungen die Her-

stellung von rund 20 Atomwaffen in den nächsten Monaten einschliesst. Ziel der Nordkoreaner war, Washington zu einem Nichtangriffspakt – dessen Sinn und Zweck letztlich unverständlich ist – zu zwingen.

Grund eines solchen Auftretens war vielleicht auch, vermuten Experten, die Gewissheit des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-Il, dass die USA niemals Krieg gegen ihn ohne Zustimmung Südkoreas führen würden. Dort aber – wie in Deutschland – wächst eine neue Generation ohne persönliche Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit heran, die im anderen Landesteil primär Landsleute sieht und nicht selten die US-Truppen als Störfaktor. Der neugewählte Präsident Roh Moon Hyun wertete zumindest bis vor kurzem sein Land weniger als Verbündeten der USA, sondern mehr als Vermittler zwischen Washington und Pjöngjang und drängte die Amerikaner durch ein weiteres Nachgeben zu einer friedlichen Korea-Lösung.

Gegenwärtig sind 37000 US-Soldaten im Südtail, schon vor Monaten wurden sie um 20 strategische Bomber vom Typ B-52 verstärkt. Der von Europäern oft hinterfragte Unterschied zur damaligen militä-

rischen Situation im Irak besteht weniger in den 500–600 nordkoreanischen Raketen, die teilweise auch Japan und sogar die USA erreichen könnten. Es ist vielmehr die Bedrohung der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, die lediglich 39 km von der Demarkationslinie am 38. Breitengrad entfernt liegt und mit ihren 10,4 Millionen Einwohnern das politische und wirtschaftliche Nervenzentrum des Landes darstellt, welches schon am ersten Kriegstage durch rund 500000 nordkoreanische Granaten zerstört werden würde (der Norden hat von seinen 1,7 Millionen Soldaten 700000 sowie die meisten seiner Geschütze an der Grenze stationiert)! Und ein Ende Seouls würde rein psychologisch das Ende Südkoreas bedeuten.

Doch auch schon ein weiterer Ausbau der Atomwaffen Pjöngjangs würde als solcher das gesamte Gleichgewicht in Fernost verändern. Denn wenn Tokio es auch stets abstreitet: Japan wird ebenfalls nuklear aufrüsten, wozu es nach US-Schätzungen nur einen einzigen Monat benötigen würde! Nicht auszuschliessen wären dabei politische Spannungen in einigen asiatischen Ländern, bei denen die Narben des Zweiten Weltkrieges noch keineswegs völlig verschwunden sind. Südkorea dürfte ohnehin bald folgen. Nationalchina (Taiwan) wiederum könnte innert eines Jahres eigene Nuklearwaffen herstellen – was dann zu stärkeren Differenzen mit Peking führen würde.

Die gegenwärtige Lage ist von der Forderung der USA nach soforti-

■ ■ 1953: Nach dem Waffenstillstand war Seoul völlig zerstört ■ ■





ger Aufgabe des nordkoreanischen Atomprogramms gekennzeichnet; erst nach Lösung dieses Komplexes ist Washington zu Verhandlungen über Wirtschaftshilfen an Pjöngjang bereit. Der UN-Sicherheitsrat mit seinen Möglichkeiten, Sanktionen gegen den Nordteil Koreas zu verhängen, hält sich indes zurück; es dürfte weniger die Androhung von dort sein, «dies als Signal für einen Krieg zu betrachten», als das Blockieren durch Peking und Moskau. Beide Länder wollen zweifellos auch ein atomwaffenfreies Nordkorea, fürchten aber jeweils eine

Einbusse ihres Einflusses auf die Halbinsel. So versuchen gegenwärtig die USA, Südkorea und Japan einen Weg zu einem verifizierbaren Ende des nordkoreanischen Nuklearprogramms zu finden.

Stets heisst es in allen Deklarationen, man könne die Existenz von Atomwaffen Pjöngjangs nicht tolerieren, doch müsse die Frage friedlich gelöst werden. Sollte dies allerdings nicht möglich sein –, und im Moment ist das nicht sichtbar –, so wollen die USA «unter allen anderen Optionen» Gewalt nicht ausschliessen.

Sie werden wahrscheinlich nicht mehr lange der Entscheidung ausweichen können, in einem Waffengang die Anlagen in Yongbyon zu zerstören. Oder durch ein passives Zusehen Nordkorea als weitere Atommacht anzuerkennen und damit aber auch zugleich praktisch Tür und Tor zu öffnen für eine nahezu uneingeschränkte globale Ausbreitung von Nuklearwaffen. Dann aber wird ein Atomkrieg irgendwo in der Welt nicht mehr lange auf sich warten lassen...

## Spalte des Präsidenten



### ...PRO LIBERTATE...

WERNER GARTENMANN

E-Mail: [gartenmann@prolibertate.ch](mailto:gartenmann@prolibertate.ch)

#### Der Mittelstand

Oft verblüfft der Blick in die Vergangenheit. Ich traf auf Aristoteles. Der Schüler Platons und Lehrer Alexanders des Grossen lebte 384–322 v. Chr. und gilt als bedeutendster Gelehrter des Altertums. Sein umfangreiches philosophisches Schaffen kann hier natürlich nicht gebührend gewürdigt werden. Nur folgende Stellen sind von überraschender Aktualität:

Aristoteles stellt fest, jede Tugend liege in der Mitte zwischen zwei Extremen. Folglich liege auch der richtige Staat in der Mitte und zwar zwischen der Oligarchie – der Herrschaft weniger – und der

sozialen Demokratie, die vielen Minderbemittelten gefällig sein wolle. Deshalb sieht Aristoteles für den Staat der Mitte die *Mittelschicht* vor. Denn mit den Armen und Reichen könne man lediglich einen Staat von Herren und Knechten schaffen, aber nicht von Freien: «Die einen beneiden und die anderen verachten, und beides widerstrebt im höchsten Masse der Freundschaft und politischen Gemeinschaft.» Er fordert, politisch müsse der Mittelstand zum Tragen kommen: «*Offensichtlich ist die auf diese Mitte aufgebaute staatliche Gemeinschaft die beste, und solche Staaten haben eine gute Verfassung, in denen die Mitte stark und den beiden Extremen überlegen ist ... So ist es für den Staat das grösste Glück, wenn die Bürger einen mittleren und ausreichenden Besitz haben; wo dagegen die einen sehr viel haben und die anderen nichts, da entsteht entweder die äusserste (sozialistische) Demokratie oder eine reine Oligarchie oder aus beiden Extremen eine Tyrannis.*» Und Aristoteles warnt: «*Deshalb will der Freund des Umsturzes den Mittelstand ruinieren!*»

Am 19. Oktober 2003 finden Nationalratswahlen statt. Die Parteiprogramme, in phantasievolle Werbemittel schmackhaft verpackt, sowie eloquente Kandidatinnen und Kandidaten werden uns erklären, wie sie den Schweizer Mittelstand sichern, ja sogar fördern wollen.

Schön, versetzen Sie sich rund vier Monate vor diesem Wahlgang in die Rolle eines *Mittelständlers*:

*Sie sind ein pflichtbewusster Staatsbürger. Abstimmungen nehmen Sie ernst. Leisten Militärdienst und stellen sich den Wehrdiensten in Ihrer Gemeinde zur Verfügung. Sie versehen die Steuererklärung mit ehrlichen Daten und bezahlen die anschliessenden Steuerraten pünktlich; sind Sie einmal in Verzug, überweisen Sie anständig den Verzugszins. Die allgegenwärtigen Verwaltungs-Gebühren bezahlen Sie als Steuerzahler ohne grosses Murren. Den Abfall trennen Sie sauber. Das Eigentum Ihrer Mitbürger respektieren Sie. Sie nehmen in Kauf, dass die Krankenkassenprämien jedes Jahr wider jegliche Versprechen steigen. Sie bezahlen freiwillig einen hohen Selbstbehalt und gehen nur im äussersten Fall zum Arzt. Sie fahren ein modernes umweltfreundliches Auto. Am Fussgängerstreifen stoppen Sie natürlich. Wenn Sie das Auto für einen Warenumschlag zum Nutzen der Volkswirtschaft kurz ausserhalb der bemalten Teerflächen abstellen, bezahlen Sie eben die Parkbusse. Sie erlauben sich sogar, Kinder ins Schweizerland zu stellen. Sie geben nur das Geld aus, welches Sie auch haben. Sie kämpfen sich während Monaten und Jahren über die Bewilligungskampfbahn, wenn Sie investieren, bauen oder eine Idee umsetzen möchten. In Ihrem KMU-Betrieb schaffen Sie Arbeitsplätze und bezahlen pünktlich Ihren Mitarbeitern den Lohn aus.*

Wahrscheinlich sind Sie ein solcher mittelständischer Mensch ... wie fühlen Sie sich im Moment?

# ... 3 klare Worte und Positionen

## Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Nein zu Bergier-Schulbüchern!
2. Nein zum EU-Beitritt!
3. Nein zum finanziellen Raubbau bei der Armee!

8

# und ... 4 dringende Hinweise

1. **Agendaeintrag:**  
12. September 2003, Freitag, Besuch der Erdöl-Raffinerie in Cressier NE.
2. **Dringend unterschreiben:**  
Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung».
3. **Nicht vergessen:**  
Aktion Widerstandsbatzen geht weiter: Vermerk *Widerstandsbatzen* auf dem Einzahlungsschein und Plakataktion.



## 4. Unser Ausgeh-Tipp:

Wer wieder einmal Mut tanken oder sich in die Wurzeln der Freiheit vertiefen will, besuche die Tell-Freilichtspiele in Interlaken: Die Schiller-Texte sind von unglaublicher Tiefe und Aktualität.

Spielzeit:

19. Juni bis 6. September 2003,  
Infos auf [www.tellspele.ch](http://www.tellspele.ch),  
Tf 033 822 37 22, Tell Freilichtspiele,  
Höheweg 37, 3800 Interlaken

**PRO  LIBERTATE** – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

4.03

## Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Bossard

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung  
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.  
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen  
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC-30-26847-0

## Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz  
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt  
Ami Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 18.6.2003

**Schon  
vorbeigesurft?**

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)